

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis.....	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIII
Teil 1: Einführung.....	1
Teil 2: Die Entwicklungsgeschichte der Zweitwohnungsteuer sowie ihre demografische und finanzwissenschaftliche Bedeutung .....	7
Teil 3: Steuerfindungsrecht und Systematik der Zweitwohnungssteuersatzungen .....	23
Teil 4: Die Zweitwohnungsteuer aus finanzverfassungsrechtlicher Perspektive .....	117
Teil 5: Vereinbarkeit der Zweitwohnungsteuer mit den Grundrechten des Grundgesetzes .....	151
Teil 6: Vereinbarkeit der Zweitwohnungsteuer mit den Grundrechten der Landesverfassungen der deutschen Bundesländer.....	197
Teil 7: Europarechtliche Aspekte der Zweitwohnungsteuer .....	209
Teil 8: Schlussbetrachtung.....	241
Literaturverzeichnis.....	249

# Inhaltsverzeichnis

TEIL 1: EINFÜHRUNG .....	1
A. Praktische Relevanz der Zweitwohnungsteuer für Kommunen, Bürger, Gerichte und die Rechtswissenschaft.....	1
B. Gang der Untersuchung.....	5
TEIL 2: DIE ENTWICKLUNGSGESCHICHTE DER ZWEITWOHNUNGSTEUER SOWIE IHRE DEMOGRAFISCHE UND FINANZWISSENSCHAFTLICHE BEDEUTUNG.....	7
A. Von den Anfängen der Zweitwohnungsteuer sowie ihre bundes- und europaweite Rezeption .....	7
B. Finanzwissenschaftliche Aspekte der Zweitwohnungsteuer.....	9
I. Finanznot, Kommunalhaushalt und globale Finanzmarktkrise .....	9
II. Motivation der Kommunen zur Erhebung einer Zweitwohnungs- steuer .....	10
1. Steuereinnahmen .....	10
2. Schlüsselzuweisungen durch den kommunalen Finanzausgleich und Beteiligung an der Einkommensteuer gemäß Art. 106 Abs. 5 GG nur bei Meldung der Hauptwohnung.....	11
3. Städtebauliche Aspekte und Mietwohnungsmarkt .....	13
4. Melderegisterbereinigung.....	14
III. Einnahmen durch die Zweitwohnungsteuer.....	14
1. Steueraufkommen und Entwicklung der letzten Jahre .....	15
2. Anteil der Zweitwohnungsteuer an den kommunalen Steuereinnahmen .....	17
IV. Lokale und nationale Wirkung im bundesstaatlichen Finanz- gefüge .....	20

C. Demografische Aspekte der Zweitwohnungsteuer: Auswirkungen auf die Einwohnerentwicklung in Großstädten und im ländlichen Raum .....	21
--	----

## TEIL 3: STEUERFINDUNGSRECHT UND SYSTEMATIK DER ZWEITWOHNUNGSTEUERSATZUNGEN.....23

A. Das Recht der kommunalen Selbstverwaltung nach Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG und das Steuerfindungsrecht gemäß Art. 105 Abs. 2a S. 1 GG .....	23
I. Die Struktur der Finanzverfassung des Grundgesetzes und die Stellung der Kommunen .....	23
II. Die kommunale Finanz-, Steuer- und Satzungshoheit als Teil der kommunalen Selbstverwaltung .....	24
III. Kommunalaufsichtsbehörden und satzungsrechtliches Genehmigungserfordernis .....	26
IV. Landesgesetzliche Ermächtigungsgrundlagen zur Besteuerungsbefugnis und Geltung des Vorrangs sowie Vorbehalts des Gesetzes .....	29
B. Satzungstypen und Satzungsinhalt.....33	
I. Inhaltlich homogene Satzungsvielfalt in den Bundesländern und die Rolle der kommunalen Spitzenverbände .....	33
II. Klassifizierung der Satzungstypen nach Bayer .....	34
1. Das „Überlinger Modell“ .....	34
2. Das „Göttinger Modell“ .....	35
3. Das „Hamburger Modell“ .....	35
4. Relevanz .....	36
III. Der Tatbestand der Zweitwohnungsteuer und inhaltliche Anforderungen an die Satzungen.....36	
IV. Erläuterung des Tatbestandes anhand einer Mustersatzung.....37	
1. Satzungsbeschluss, Rechtsgrundlage und Allgemeines .....	38
2. Grundmodelle und Steuergegenstand der Zweitwohnungsteuer.....39	
a. Grundmodelle für die Konzeption des Steuergegenstandes .....	39
aa. Modell I: Anknüpfung an das Melderecht .....	40

(1) Modell I, Variante 1: Ohne eigene Wohnungsdefinition ....	41
(2) Modell I, Variante 2: Mit eigener Wohnungsdefinition.....	41
bb. Modell II: Keine Anknüpfung an das Melderecht.....	42
(1) Modell II, Variante 1: Ohne eigene Wohnungsdefinition...	42
(2) Modell II, Variante 2: Mit eigener Wohnungsdefinition ....	42
b. Vorzüge und Nachteile der Modelle .....	43
c. Der Steuergegenstand im Lichte der Modelle .....	44
aa. Objektive Komponente: die Wohnung .....	44
(1) Modell I mit Anknüpfung an das Melderecht.....	45
(i) Modell I, Variante 1 .....	45
(ii) Modell I, Variante 2 .....	45
(2) Modell II ohne Anknüpfung an das Melderecht.....	46
(i) Modell II, Variante 1 .....	46
(ii) Modell II, Variante 2 .....	47
(3) Gleiche Anforderungen an die Erstwohnung?.....	47
bb. Objektive Komponente: Innehaben einer „Zweitwohnung“ – zur Begrifflichkeit von Erst- bzw. Hauptwohnung und Zweit- bzw. Nebenwohnung.....	48
(1) Abgrenzung von Erst- bzw. Hauptwohnung und Zweit- bzw. Nebenwohnung .....	49
(i) Modell I mit Anknüpfung an das Melderecht.....	50
(ii) Modell II ohne Anknüpfung an das Melderecht.....	51
(2) Innehaben der „Zweitwohnung“ .....	52
(i) Kriterium des Dauernutzungsrechtes.....	52
(ii) Kriterium der tatsächlichen Verfügungsmacht und/oder rechtlichen Verfügungsbefugnis .....	53
(iii) Ansichten der Rechtsprechung .....	53
(iv) Stellungnahme und Ergebnis .....	54
(v) Kumulatives Innehaben der Erstwohnung?.....	55

(vi) Faktor der Nutzungsmöglichkeit und der tatsächlichen Nutzung.....	56
cc. Subjektive Komponente: „für den persönlichen Lebensbedarf“ .....	57
(1) Definition .....	57
(2) Teilweise Widerlegung der Vermutung: Zweitwohnungssteuer als Kapitalanlage, „Erwerbszweitwohnungen“, Mischnutzungen und Urlaubsgäste .....	58
d. Schematische Übersicht zur Prüfung des Steuerobjekts.....	62
e. Relevanz und Einzelproblematiken .....	64
aa. Problematik der Studenten und Auszubildenden .....	64
bb. Erwerbszweitwohnungen von Verheirateten .....	67
cc. Besteuerung Ortsansässiger und von Einliegerwohnungen .....	68
dd. Kasernen für Soldaten, Wohnungen in Heimen, Justizvollzugsanstalten für Gefangene .....	70
ee. Gartenlauben nach dem BKleingG .....	72
ff. Dauerhaftes Campen, Wohnmobile und Hausboote .....	73
gg. Personen mit Hauptwohnsitz im Ausland .....	75
3. Steuersubjekt und Zweitwohnungsteuerpflichtige .....	78
a. Natürliche Personen und Personenmehrheiten .....	79
b. Juristische Personen und handelsrechtliche Personengesellschaften .....	79
4. Bemessungsgrundlage .....	81
a. Nettokaltmiete als Bemessungsgrundlage .....	82
b. Jahresrohmierte als Bemessungsgrundlage .....	82
c. Tatsächliche Flächengröße .....	83
d. Sonderproblem: Bemessungsgrundlage für Campingwagen und Wohnboote .....	84
5. Steuersätze .....	85
6. Entstehung und Fälligkeit der Steuer .....	86
7. Mitteilungspflichten, Datenschutzrecht und Erhebungsdefizite .....	88

a.	Mitwirkungspflichten.....	88
b.	Datenschutzrecht und Steuergeheimnis .....	89
c.	Kein strukturelles Erhebungsdefizit.....	90
8.	Billigkeitsmaßnahmen.....	92
9.	Ordnungswidrigkeiten und Straftatbestände .....	93
10.	In-Kraft-Treten.....	94
V.	Die Ausnahmeregelungsproblematik und der Sonderweg Bayerns in Fragen der Zweitwohnungsteuer seit dem 01.01.2009.....	96
1.	Ausnahmeregelungen von der Zweitwohnungsteuerpflicht im Spannungsfeld zum Beschluss des BVerfG aus dem Jahr 1983 .....	97
a.	Regelungsmöglichkeiten der Kommunen.....	98
b.	Regelungsmöglichkeiten des Landesgesetzgebers .....	98
2.	Ergänzung des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes, Entscheidung für das Einkommensmodell und kritische Würdigung... <td>99</td>	99
3.	Alternativmodelle und ihre Würdigung.....	104
a.	Kindergeldmodell.....	104
b.	Altersgrenzenmodell.....	105
c.	Ferienzweitwohnungsmodell .....	105
d.	Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)-Modell .....	106
e.	Melderecht-Modell .....	107
f.	Mindestanforderungsmodell .....	107
VI.	Exkurs: Steuerrechtliche Behandlung von Zweitwohnungen in anderen Steuerarten sowie zur Frage einer möglichen Absetzbarkeit der Zweitwohnungsteuer .....	108
1.	Zweitwohnungen im Einkommensteuerrecht und mögliche Absetzbarkeit der Zweitwohnungsteuer.....	109
a.	Einkommensteuerrechtliche Behandlung der Zweit- wohnung.....	109
aa.	Einkommensteuerrechtliche Behandlung bei privater Eigennutzung .....	109
bb.	Einkommensteuerrechtliche Behandlung bei gemischter Nutzung .....	109

cc. Einkommensteuerrechtliche Behandlung bei ganzjähriger Vermietung .....	110
b. Einkommensteuerrechtliche Berücksichtigung der Zweitwohnungsteuer.....	110
aa. Zweitwohnung als Kapitalanlage bzw. bei ganzjähriger Vermietung .....	110
bb. Zweitwohnung bei gemischter Nutzung .....	111
cc. Zweitwohnung bei Eigennutzung und aus beruflich gehaltenen Gründen.....	111
dd. Kohärenz oder Wertungswiderspruch angesichts der einkommensteuerrechtlichen Absetzbarkeit der Zweitwohnungsteuer? .....	112
2. Zweitwohnungen im Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrecht ....	113
a. Zuwendung der Zweitwohnung unter Lebenden.....	114
b. Erwerb der Zweitwohnung von Todes wegen .....	115

#### **TEIL 4: DIE ZWEITWOHNUNGSTEUER AUS FINANZVERFASSUNGSRECHTLICHER PERSPEKTIVE ..... 117**

A. Steuereigenschaft und verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Zweitwohnungsteuer .....	117
I. Die Zweitwohnungsteuer als Fiskalzwecknorm und/oder Lenkungsnorm? .....	117
II. Kompetenzüberschreitender und illegitimer Lenkungsnebenzweck? - Das Gebot der widerspruchsfreien Normgebung und das Prinzip der Einheit der Rechtsordnung im Spannungsfeld zur Zweitwohnungsteuer.....	119
III. Steuergerechtigkeit und die Rechtfertigung der Zweitwohnungsteuer aus dem Leistungsfähigkeitsprinzip und/oder dem Äquivalenzprinzip .....	122
1. Art. 3 Abs. 1 GG als Maßstab für die belastungspolitische Grundentscheidung im Rahmen der Steuergerechtigkeit.....	122
2. Die Ungeeignetheit des Äquivalenzprinzips als „ <i>tertium comparationis</i> “ für die Zweitwohnungsteuer.....	123

a.	Argumentation der Kommunen für das Äquivalenzprinzip ....	124
b.	Argumentation von H.-W. Bayer .....	124
c.	Ansicht von U. Koops.....	125
d.	Ansicht von K. Tipke .....	126
e.	Ansicht der Rechtsprechung .....	127
f.	Stellungnahme und Ergebnis .....	127
3.	Das Prinzip der Leistungsfähigkeit als „ <i>tertium comparationis</i> “ und seine freiheitsrechtliche und gleichheitsrechtliche Dimension....	128
4.	Die Konkretisierungsbedürftigkeit des Leistungsfähigkeitsprinzips durch andere verfassungsrechtliche Wertentscheidungen.....	129
5.	Indikatoren für die Leistungsfähigkeit, im Besonderen für die Zweitwohnungsteuer .....	130
a.	Einkommen als Indikator.....	130
b.	Das Vermögen als Indikator.....	131
c.	Konsum als Indikator.....	131
d.	Ansicht der Rechtsprechung .....	132
e.	Stellungnahme und Ergebnis .....	132
B.	Verortung der Zweitwohnungsteuer im Steuersystem: Anforderungen an eine Aufwandsteuer nach Art. 105 Abs. 2a S. 1 GG und Implementierung durch die Zweitwohnungsteuer.....	133
I.	Zweitwohnungsteuer als direkte Aufwandsteuer.....	133
II.	Das Kriterium der „Örtlichkeit“ und die Zweitwohnungsteuer.....	134
1.	Auslegung des Begriffes der „Örtlichkeit“ .....	135
2.	Problematik der überörtlichen Belastungs- und Gestaltungswirkung .....	136
3.	Flächendeckende Satzungen und die „Örtlichkeit“ .....	136
4.	Stellungnahme und Ergebnis .....	137
III.	Keine Gleichartigkeit mit bundesgesetzlich geregelten Steuern ....	138
1.	Begriffsbestimmung .....	138
2.	Keine Gleichartigkeit mit Einkommensteuer .....	139
3.	Keine Gleichartigkeit mit Grundsteuer .....	139

4. Keine Gleichartigkeit mit Gewerbesteuer .....	140
5. Keine Gleichartigkeit mit Vermögensteuer .....	140
6. Keine Gleichartigkeit mit Umsatzsteuer .....	141
7. Keine Gleichartigkeit mit Kraftfahrzeugsteuer .....	142
8. Verhältnis zum Kurbetrag.....	142
9. Stellungnahme und Ergebnis .....	144
C. Zur Judikatur des Aufwandsteuerbegriffes aus der Sicht des BVerfG in seinem Beschluss vom 06.12.1983, seinem Urteil vom 11.10.2005 und seinen Beschlüssen vom 17.02.2010 in Bezug auf die Zweitwohnungssteuer – Kontinuität oder Wertungswiderspruch? .....	144
I. Aufwandsteuerbegriff gemäß dem Beschluss des BVerfG vom 06.12.1983.....	145
II. Aufwandsteuerbegriff gemäß Urteil des BVerfG vom 11.10.2005.....	146
III. Aufwandsteuerbegriff gemäß Beschlüssen des BVerwG vom 17.09.2008.....	148
IV. Aufwandsteuerbegriff gemäß den Beschlüssen des BVerfG vom 17.02.2010.....	149

TEIL 5: VEREINBARKEIT DER ZWEITWOHNUNGSTEUER MIT DEN GRUNDRECHTEN DES GRUNGESETZES .....	151
A. Zweitwohnungsteuer und Grundrechte .....	151
B. Die Eigentumsgarantie des Art. 14 Abs. 1 GG.....	152
I. Eröffnung des Schutzbereiches von Art. 14 Abs. 1 GG.....	152
1. Restriktive Auslegung des Schutzbereiches .....	152
2. Der erweiterte Eigentumsbegriff .....	153
3. Aktuelle Entwicklung in der Rechtsprechung.....	155
a. Der Einheitswertbeschluss des Zweiten Senats und die Entwicklung des Halbteilungsgrundsatzes .....	155

b.	Der „Bestand des Hinzuerworbenen“ und die Einschränkung des Halbteilungsgrundsatzes .....	156
c.	Rechtsprechung zur Zweitwohnungsteuer.....	157
4.	Stellungnahme und Ergebnis .....	157
II.	Eingriff und Rechtfertigung mit Alternativauffassung .....	158
C.	Die freie Berufsausübung und Wahl der Ausbildungsstätte gemäß Art. 12 Abs. 1 GG.....	159
I.	Eröffnung des Schutzbereiches von Art. 12 Abs. 1 GG.....	159
II.	Eingriff in den Schutzbereich durch die Zweitwohnungsteuer?.....	160
1.	Kriterium der Erheblichkeitsschwelle des BVerfG .....	160
2.	Strömungen in der Literatur für einen erweiterten Eingriffsbegriß im Rahmen des Art. 12 Abs. 1 GG .....	161
3.	Rechtsprechung zur Zweitwohnungsteuer .....	162
4.	Stellungnahme und Ergebnis .....	162
D.	Die Freizügigkeitsgarantie des Art. 11 Abs. 1 GG .....	163
I.	Eröffnung des Schutzbereiches von Art. 11 Abs. 1 GG.....	163
II.	Eingriff in den Schutzbereich durch die Zweitwohnungsteuer?.....	164
1.	Restriktive Auslegung durch das BVerfG und das Zweigstellensteuerurteil aus dem Jahr 1965 .....	165
2.	Weite Auslegung des Art. 11 Abs. 1 GG, insb. Ansicht von I. Pernice.....	166
3.	Rechtsprechung zur Zweitwohnungsteuer .....	167
4.	Stellungnahme und Ergebnis .....	168
E.	Schutz der Ehe und Familie gemäß Art. 6 Abs. 1 GG (i. V. m. Art. 3 Abs. 1 GG).....	168
I.	Eröffnung des Schutzbereiches von Art. 6 Abs. 1 GG.....	169
1.	Ehe und Familie.....	169
a.	Institutsgarantie und Freiheitsrecht.....	170
b.	Wertentscheidende Grundsatznorm: Förderungsgebot und Benachteiligungsverbot für Ehe und Familie als besondere Ausprägung des Allgemeinen Gleichheitssatzes .....	170

2. Andere Formen des Zusammenlebens .....	171
II. Ungleichbehandlung durch die Zweitwohnungsteuer?.....	172
1. Unterscheidungserheblichkeit im Hinblick auf die Modelle der Zweitwohnungsteuer .....	172
2. Der Beschluss des BVerfG aus dem Jahr 2005 .....	172
III. Rechtfertigung.....	173
IV. Ergebnis und Konsequenzen für die Praxis sowie das Merkmal der „überwiegenden beruflichen Nutzung“ der Zweitwohnung.....	175
F. Die Allgemeine Handlungsfreiheit des Art. 2 Abs. 1 GG .....	176
G. Der Allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG .....	178
I. Im Speziellen für Studenten und Auszubildende sowie die Grenzen benachteiligender Typisierung – „Kinderzimmerfälle“ ....	179
1. Keine leistungsfähigkeitsadäquate Besteuerung trotz „Zweckblindheit“ des Aufwandsteuerbegriffes.....	180
2. Rechtfertigung der Abweichung vom Leistungsfähigkeitsprinzip.....	180
a. Lenkung, Umwelt- und Ressourcenschonung sowie Kostendeckung.....	180
b. Typisierung als Rechtfertigungsgrund .....	181
aa. Grenzen und Kriterien einer zulässigen Typisierung .....	182
bb. Studenten und Auszubildende als „atypischer Regelfall“.....	182
3. Verstoß gegen das Prinzip der Folgerichtigkeit.....	184
4. Beschluss des BVerfG aus dem Jahr 2010 .....	185
5. Ergebnis und Konsequenzen: Handlungserfordernis des Norm- gebers im Spannungsfeld zu den Entscheidungen des BVerfG aus den Jahren 1983, 2005 und 2010 sowie hinsichtlich des Urteils des BVerwG aus dem Jahr 2008 .....	187
II. Eingetragene Lebenspartnerschaft und Gleichstellung zur Ehe durch „Gleichstellungsklausel“ des MRRG?.....	188
1. Steuerliche Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft.....	189
2. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung.....	190

3. Ergebnis .....	191
H. Art. 20 Abs. 3 GG als Ausdruck des rechtsstaatlichen Bestimmtheits- gebots .....	192
I. Ergebnis der grundrechtlichen Untersuchung.....	195
<b>TEIL 6: VEREINBARKEIT DER ZWEITWOHNUNGSTEUER MIT DEN GRUNDRECHTEN DER LANDESVERFASSUNGEN DER DEUTSCHEN BUNDESLÄNDER.....</b>	<b>197</b>
A. Verhältnis von Landesgrundrechten zu den Grundrechten des GG .....	197
I. Bindungswirkung und Rügefähigkeit .....	197
II. Feststellung und Auflösung von Kollisionslagen im Spannungsverhältnis von Art. 31 und Art. 142 GG .....	199
1. Mehrgewährleistung, Aliud-Gewährleistung und identische Gewährleistung durch Landesgrundrechte.....	200
2. Wenigergewährleistung durch Landesgrundrechte .....	201
3. Modifizierung der Einschränkbarkeit von Grundrechten.....	201
B. Grundrechtliche Gewährleistung am Beispiel der Verfassung von Berlin - weitergehender Gewährleistungsinhalt? .....	202
I. Art. 10 Abs. 1 und 2 VvB.....	202
II. Art. 12 Abs. 1 und 2 VvB.....	203
III. Art. 17 VvB .....	204
IV. Art. 23 Abs. 1 VvB.....	205
V. Art. 28 Abs. 1 VvB.....	206
C. Ergebnis der landesgrundrechtlichen Untersuchung.....	207

TEIL 7: EUROPARECHTLICHE ASPEKTE DER ZWEITWOHNUNGSTEUER.....	209
A. Problemstellung.....	210
I. Modellspezifische Konstellationen der Zweitwohnungsteuer und ihre Relevanz mit Blick auf das Europarecht .....	211
1. Modell ohne Anknüpfung an das Melderecht .....	211
2. Modell mit Anknüpfung an das Melderecht.....	212
II. Die Beschlüsse des BVerwG vom 05.03.1996 .....	212
B. Das Verhältnis von Europarecht und nationalem Steuerrecht .....	213
I. Kommunalabgabenrecht und Europarecht.....	213
II. Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts in seiner Bedeutung für die Verwaltung .....	214
III. Das Verhältnis der Zweitwohnungsteuer zum Unionsrecht.....	215
1. Indirekte und direkte Steuern im europäischen Harmonisierungsprozess .....	215
2. Die Grundfreiheiten als Prüfungsmaßstab .....	217
a. Normierung der Grundfreiheiten im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.....	217
b. Räumlicher und persönlicher Anwendungsbereich .....	218
c. Diskriminierungs- und Beschränkungsverbote.....	218
aa. Direkte und verdeckte Diskriminierungen .....	218
bb. Gültigkeit des Beschränkungsverbots auch im Steuerrecht? .....	219
d. Rechtfertigungsmöglichkeiten .....	220
aa. Geschriebene Rechtfertigungsgründe .....	220
bb. Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe .....	220
C. Konformität mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit des Art. 45 AEUV und der Niederlassungsfreiheit des Art. 49 AEUV .....	221
I. Schutzbereich und Tangierung durch Zweitwohnungsteuer.....	221
II. Beeinträchtigung .....	222

1. Diskriminierung durch die Zweitwohnungsteuer? .....	223
a. Direkte Diskriminierung .....	223
b. Verdeckte Diskriminierung und die Entscheidung „Europäische Kommission /. Italien“ .....	223
2. Beschränkung durch die Zweitwohnungsteuer? .....	225
III. Ergebnis.....	226
 D. Konformität mit der aktiven und passiven Dienstleistungsfreiheit des Art. 56 AEUV.....	226
I. Schutzbereich und Tangierung durch Zweitwohnungsteuer.....	227
II. Beeinträchtigung .....	227
1. Diskriminierung durch die Zweitwohnungsteuer? .....	227
a. Direkte Diskriminierung .....	227
b. Verdeckte Diskriminierung .....	228
2. Beschränkung durch die Zweitwohnungsteuer und die Entscheidungen „De Coster“ sowie „Viacom Outdoor Srl“ .....	228
III. Ergebnis.....	229
 E. Konformität mit der Kapital- und Zahlungsverkehrs freiheit des Art. 63 AEUV.....	230
I. Schutzbereich und Anwendbarkeit .....	230
1. Verhältnis der Kapital- und Zahlungsverkehrs freiheit zu anderen Grundfreiheiten.....	231
2. Die Entscheidung „Reisch u. a. /. Salzburg“ .....	232
II. Ergebnis.....	233
 F. Konformität mit dem allgemeinen Freizügigkeitsrecht aus Art. 21 AEUV .....	233
I. Zur Anwendbarkeit des allgemeinen Freizügigkeitsrechts.....	234
II. Schutzbereich und Tangierung durch die Zweitwohnungsteuer.....	234
III. Diskriminierung oder Beschränkung durch die Zweitwohnungsteuer?.....	235
IV. Ergebnis.....	236

G. Die Unionsgrundrechte.....	237
I. Rechtsquellen und Geltungsgrund der Unionsgrundrechte .....	237
II. Anwendbarkeit auf die Zweitwohnungsteuer .....	238
III. Relevanz.....	238
IV. Ergebnis.....	239
H. Ergebnis der europarechtlichen Untersuchung .....	239
TEIL 8: SCHLUSSBETRACHTUNG .....	241
A. Steuerökonomische Effizienz sowie das Gebot zur Wirtschaftlichkeit als „mahnende“ Prinzipien für die Zweitwohnungsteuer.....	242
I. Effizienz und Wirtschaftlichkeit als Begrifflichkeit .....	242
II. Effizienz und Wirtschaftlichkeit als justiziable verfassungs- rechtliche Prinzipien mit Bindungswirkung für den (kommunalen) Normgeber? .....	243
III. Bedeutung für die Erhebung der Zweitwohnungsteuer .....	245
B. Befund und Ergebnisse der Untersuchung .....	245